

TALK BEI ANNE WILL

31.05.2010 08:30 Uhr

„Entschleunigungssteuer“ für die Finanzmärkte?

„Erst zocken, dann abkassieren – wann zahlen die Spekulanten für die Krise?“ fragte Anne Will ihre Gäste am Sonntagabend und meinte die Finanztransaktionssteuer. Doch offenbar hatte die Redaktion der Show sich schon für die Abgabe entschieden. Unterhaltsam war die Diskussion dennoch: Wirtschaftsminister Brüderle gingen die Argumente aus, Hedge-Fonds wurden als schlechtes Investment enttarnt und die Politik bekam einen klaren Handlungsauftrag.

von Dana Heide



BERLIN. 74 Prozent der Deutschen glauben, dass die Politik sich gegen die Finanzmärkte nicht durchsetzen kann, zeigt eine aktuelle ARD-Umfrage. Alles, was die Regierung bisher zur Regulierung der Finanzmärkte zu Stande gebracht hat, ist das Verbot ungedeckter Leerverkäufe durch die Bafin und den Entwurf einer Bankenabgabe. Zu Recht fragte Anne Will deshalb in ihrer Sendung „Erst zocken, dann abkassieren – wann zahlen die Spekulanten für die Krise?“

Die Zuschauer mussten unerwartet länger wach bleiben, um die Diskussion zwischen dem Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP), der Kanzler-Tochter und ehemaligen Investmentbankerin Susanne Schmidt, dem Grünen-Fraktionsvorsitzenden Jürgen Trittin, dem Ex-Automanager Daniel Goeudevert und dem Hedgefonds-Verkäufer Markus Sievers zu verfolgen. Lena Meyer-Landrut bekam eine Sondersendung am Sonntagabend – Da muss der deutsche Wirtschaftsminister schon mal warten, bis er mit Reden an der Reihe ist.

So musste er sich 30 Minuten später als geplant für die Untätigkeit der Regierung bei der Finanzmarktregulierung rechtfertigen. Seine Erklärung: Man regiere ja schließlich erst seit sechs Monaten.

Und so konzentrierten sich die fünf Talkgäste auf das, was noch in der Schwebe ist: die Finanzmarkttransaktionssteuer (FTS), wie sie derzeit in Europa diskutiert wird. Dabei sollen Finanztransaktionen mit einer sehr geringen Steuer, zum Beispiel 0,01 Prozent, belegt werden. Den Halter von langfristigen Anlagen, wie Aktien, würde eine solche Steuer kaum belasten. Kauft er zum Beispiel Wertpapiere für 3000 Euro, muss er 30 Cent, also 0,01 Prozent von der eingezahlten Summe als Transaktionssteuer bezahlen. Teuer wird es in der Summe aber für denjenigen, der sein Geld sehr oft aus Anlagen herauszieht und an anderer Stelle wieder einsetzt. Das machen zum Beispiel Hedge-Fonds, die kurzfristig auf fallende oder steigende Kurse wetten.

Die Positionen waren klar verteilt: Schmidt ist für die FTS, ebenso wie Goeudevert. Auch Grünen-Politiker Trittin hält viel davon: „Wir besteuern jedes Brötchen in Deutschland und sind nicht in der Lage Finanztransaktionen zu besteuern.“ Dass das auch weiterhin so bleibt, dafür traten Hedgefonds-Verkäufer Sievers, und Brüderle ein.

Die Redaktion von Anne Will hält eine Einführung einer FTS offenbar auch für sinnvoll, denn sie kannte schon alle Einwände der Liberalen gegen die FTS und hatte bereits entsprechende Gegenargumente in Einspielern vorbereitet.

Zunächst verwies die Redaktion in einem Beitrag auf die verlockenden Fakten, die für eine FTS sprechen: Eine Steuer von 0,01 Prozent würde dem deutschen Fiskus zwölf Mrd. Euro in die Kasse spülen. Die Haushalte von ganz Europa würden jährlich um 70 Milliarden Euro aufge bessert.

Brüderle kannte ein Gegenargument: Mit einer FTS würden ganz normale Sparer belastet, zum Beispiel Riester-Rentner. Sofort ein Konter der ARD-Redaktion: Im Einspieler bezeichnete Hermann-Josef Tenhagen, Chefredakteur des unabhängigen Magazins „Finanztest“ Brüderles Behauptung als ein „Quatsch-Argument“. Ein Punkt für die Redaktion. Dann das zweite Argument Brüderles: Die FTS würde auch auf ganz alltägliche Überweisungen fällig. Wieder ein Einspieler mit Tenhagen: „Wer behauptet, das Überweisungen betroffen sind - das ist nur mit viel Phantasie denkbar.“ Treffer, versenkt. Selbst Sievers gab zu: „Eine FTS kann den Markt in gewisser Weise entschleunigen.“ Er selbst sähe den Grund für die aktuelle Krise aber nicht bei den Spekulanten sondern bei den Staaten, die jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt haben. „Eine FTS wird nicht ein Wiederholen der Krise verhindern.“

Wie eine solche Steuer überhaupt umgesetzt werden könnte, darüber waren sich die Diskutanten nicht einig. Goudevert plädierte für mehr Europa. „Jedes Land muss einen Teil seiner Souveränität abgeben. Wir müssen verstehen, dass Entscheidungen über unsere Landesköpfe hinweg getroffen werden müssen.“ Brüderle meinte, dass eine FTS nur mit London möglich sei. Schmidt erschien es unwahrscheinlich, dass Großbritannien eine solche Steuer unterstützen würde. Trittin hält sie auch ohne die britische Zustimmung im Europäischen Rat für durchsetzbar.

Neben der FTS diskutierten die Talk-Gäste über die Transparenz und Aufsicht über die Hedgefonds. Sievers, Geschäftsführer des Hedge-Fonds Apano, wurde in einem Einspieler vorgeführt, Apano als „keine gute Anlage“ bezeichnet: zu hohe Risiken, zu geringe Rendite. Der Beitrag zeige vor allem, so Schmidt, „dass es keine Aufsichtsbehörde für Hedge-Fonds gibt. Das wäre wünschenswert.“ Die Gesellschaften säßen derzeit oft „auf exotischen Inseln, wo ihnen kein Wirtschaftsminister etwas anhaben kann.“ Goudevert nahm Sievers und seinen Hedge-Fonds in Schutz. Er verwalte ja nur kleine Beträge, das wirkliche Problem seien die großen Fondsmanager, die mit Milliardenbeträgen jonglieren. „Transparenz ist da nicht vorhanden.“

Schmidt und Goudevert, die weisen Beobachter der Runde, haben noch Vertrauen in die Politiker und hoffen darauf, dass diese ihre Verantwortung zur Regulierung auch wahrnehmen. „Die Finanzwirtschaft macht, was sie will und deshalb muss sie von der Politik zur Raison gerufen werden. Sonst wird dieses System uns zum Abgrund führen“, prophezeite Goudevert. Auch Schmidt drängte zum Handeln. „Die Politik ist unsere einzige Hoffnung. Wer soll es denn sonst besorgen? Wir müssen sie antreiben! Wir müssen sie vielleicht auch treten.“